



Foto: Landtag von Baden-Württemberg

Infobrief aus dem Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

die Bundesregierung hat ein Konjunkturprogramm vorgelegt, das richtige Impulse setzt, um schnell aus der Krise zu kommen. Insbesondere unsere SPD-Minister*innen haben dafür gesorgt, dass dieses kluge Programm schnell aufgelegt wurde, damit die Hilfen größtmögliche Wirkung entfalten können.

Als Land müssen wir jetzt die Hilfen des Bundes mit einem eigenen Finanzpaket ergänzen. Dass es eine solche Initiative braucht, ist in allen Fraktionen unstrittig. Doch Grün-Schwarz kann sich zu keiner gemeinsamen Konjunkturstrategie durchringen und will deshalb erst im Herbst ein Konjunkturprogramm verabschieden. Das ist eine Gefahr für die Wirtschaftskraft Baden-Württembergs und für die Arbeitsplätze im Land und deutlich zu spät. Die Landesregierung darf jetzt nicht wichtige Zeit mit Streitereien vertrödeln, sondern muss zeitnah gemeinsam mit dem Landtag ein Konjunkturpaket auf den Weg bringen, damit es rasch und umfassend Wirkung entfalten kann.

Herzliche Grüße

Rainer Hinderer MdL

Inklusives Wahlrecht muss endlich auch in Baden-Württemberg kommen

Seit über einem Jahr gibt es im Bund das inklusive Wahlrecht. Für Menschen mit Behinderung wird damit die Teilhabe am politischen Leben gewährleistet. Die grün-schwarze Landesregierung hat es trotz ihrer Versprechungen bisher nicht geschafft, unser Wahlrecht entsprechend anzupassen. Deshalb haben SPD- und FDP-Fraktion einen gemeinsamen Gesetzesentwurf vorgelegt. „Ein ganzes Jahr lang tut sich gar nichts bei der Landesregierung. Im Dezember hatten wir alle Fraktionen angeschrieben, um endlich eine Wahlrechtsreform für Menschen mit Behinderung anzugehen. Reaktion: Null“, ärgert sich Rainer Hinderer über die Untätigkeit der Regierungsfrak-

Diskriminierung stoppen!

Inklusives Wahlrecht

einführen!



tionen. „Nachdem wir jetzt den Gesetzesentwurf vorgelegt haben, kommen nun endlich auch Grüne und Schwarze in die Gänge und haben einen eigenen Gesetzesentwurf angekündigt. Diese Regierung muss man ständig `zum Jagen tragen`. Jetzt sind wir gespannt, ob die Regierungsfraktionen auch die Behindertenverbände und die Landesbehindertenbeauftragte mit ins Boot genommen haben. Es wäre nicht das erste Mal, dass die Regierung hier die Betroffenen nicht anhört.“

Wir brauchen mehr Ärzte im Land – aber nicht per Quote!

„Was lange währt wird nicht immer gut“ - anders kann man den Kompromiss von Grünen und Schwarzen für mehr Hausärzte in der Fläche nicht bewerten. Klar ist, dass wir mehr Hausärzte brauchen. Insbesondere im ländlichen Raum ringen Kommunen um die Ansiedlung von Hausärzt*innen.

Der Kompromiss der Landesregierung geht hier aber den falschen Weg. Denn wir brauchen die Landärzte jetzt und nicht erst in 14 Jahren. Deshalb ist die Landarztquote das falsche Instrument für mehr Hausärzt*innen im ländlichen Raum. Erstens können Abiturientinnen und Abiturienten noch gar nicht einschätzen, wie ihre Lebenssituation nach sechs Jahren Studium und acht Jahren Weiterbildung zum Facharzt konkret sein wird. Zweitens bekommt ein Medizinstudienplatz in Deutschland damit einen Preis und wohlhabende Eltern werden eine mögliche Strafzahlung mit den Kosten der Ausbildung ihrer Kinder etwa in Budapest vergleichen. Drittens werden die Allgemeinmedizin und die Tätigkeit im ländlichen Raum damit als unattraktiv dargestellt – sozusagen als zweitbeste Wahl gegenüber den anderen Richtungen.

Als SPD-Landtagsfraktion haben wir bereits ein Konzept vorgelegt, wie wir schneller zu mehr Hausärzt*innen kommen. Mit dem „10-Punkte-Plan für mehr Landärzte“ wollen wir es für Mediziner*innen attraktiver machen, sich als Hausärzt*in im ländlichen Raum niederzulassen. Alle wichtigen und richtigen Ausweitungen und Änderungen im Studium zeigen erst in 14 Jahren Resultate. Deshalb brauchen wir eine Stärkung der Stellung der hausärztlich tätigen Ärztinnen und Ärzte. Außerdem muss die Vergütung der Hausärzt*innen besser werden. Es kann nicht sein, dass andere Fachärzte deutlich mehr verdienen als die Hausärzt*innen. Zentral ist aber, dass die Niederlassungsbedingungen verbessert werden. Die klassischen Einzelpraxen müssen durch Alternativen wie zum Beispiel Zweigpraxen, Praxisgemeinschaften und Berufsausübungsgemeinschaften ergänzt werden.



Den 10-Punkte-Plan für mehr Landärzte gibt es hier: <https://www.spd-landtag-bw.de/spd-legt-10-punkte-plan-fuer-mehr-landaerzte-vor/>

Kontakt:

Abgeordnetenbüro
Rainer Hinderer MdL
Wilhelmstraße 3
74072 Heilbronn

Tel.: 07131 8987141

Fax: 07131 8987151

E-Mail:

info@rainer-hinderer.de